



Frankreich will die kostenlose Lieferung von Online-Einkäufen wegen zu hoher Umweltbelastung verbieten

Ein parlamentarischer Bericht, der die Auswirkungen des Online-Shoppings auf die Umwelt ins Visier nimmt, hat eine Reihe von neuen Maßnahmen zur Regulierung von Lieferungen skizziert.

Der am Donnerstag veröffentlichte Bericht, der von zwei Senatoren der Parteien Parti Socialiste und Les Républicains verfasst und von der Zeitung Le Figaro eingesehen wurde, zielt darauf ab, die Umweltbelastung durch den Transport von Waren zu reduzieren.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören das Verbot von Gratislieferungen und die Verpflichtung für Unternehmen, die ihre Produkte online verkaufen, den CO2-Fußabdruck der angebotenen Lieferoptionen offenzulegen.

In Frankreich werden fast 90 Prozent des internen Warentransports auf der Straße abgewickelt, zum Nachteil der Bahn- und Flussfracht.

„Dreiundzwanzig Prozent der verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen resultieren aus schweren Nutzfahrzeugen und 19 Prozent aus leichten Nutzfahrzeugen“, so der Bericht.

Im Jahr 2014 schränkte ein Gesetz zur Unterstützung kleiner Buchläden die kostenlose Lieferung beim Online-Verkauf von Büchern ein. Amazon schlug zurück, indem es den Kunden nur einen Cent für die Lieferung von Büchern nach Hause in Rechnung stellte.

Beschleunigt durch die Pandemie ist der E-Commerce im letzten Jahr explodiert – laut Le Monde machte er in Frankreich im Jahr 2020 einen Umsatz von 112 Milliarden Euro, und 92 Prozent der Franzosen kaufen inzwischen überwiegend online ein. Im Jahr 2020 wurden eine Milliarde Pakete zugestellt, im Vergleich zu 800 Millionen im Jahr 2019.

Laut der Agentur für den ökologischen Übergang (Ademe) verursacht jeder Online-Einkauf das Äquivalent von 12 Gramm CO2, was einer Autofahrt von etwa 1 km entspricht.